

Herrn  
Jan Kürschner, MdL  
Vorsitzender des Innen- und Rechtsausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Ansprechpartner: Delf Kröger  
Abteilung: Gesundheitspolitik  
E-Mail: delf.kroeger@kvsh.de  
Tel. 04551 883 454

per E-Mail

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 20/2686

**Stellungnahme der KVSH zu Drucksache 20/1319  
(Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus)**

5. Februar 2024

Sehr geehrter Herr Kürschner,

wir danken für Ihr Schreiben vom 5. Januar 2024, mit dem Sie der KVSH die Gelegenheit geben, zur oben genannten Drucksache schriftlich Stellung zu nehmen.

Nach unserer Durchsicht betrifft lediglich die in der Drucksache im Berichtsteil 2.4. angesprochene Maßnahme 4 des Landesaktionsplans gegen Rassismus den Bereich der gesundheitlichen Versorgung. Inhalt der Maßnahme ist, dass das Thema Gesundheit und Rassismus zu gegebener Zeit vom zuständigen Ministerium unter Einbindung geeigneter Akteure aufgegriffen werden soll, um eventuell bestehenden Handlungsbedarf zu prüfen.

Im vorliegenden Umsetzungsbericht der Landesregierung wird hierzu ausgeführt, dass das zuständige Ministerium in der zurückliegenden Legislaturperiode und auch seither die Maßnahme noch nicht hat umsetzen können.

Zur Maßnahme können wir insofern nur ausführen, dass wir die Umsetzung der Maßnahme als wesentlicher Akteur der Gesundheitsversorgung gern unterstützen, wenn ein entsprechender Beteiligungswunsch an uns herangetragen wird.

Zum grundsätzlichen Anliegen des Aktionsplans sei darauf hingewiesen, dass es unsere feste Überzeugung ist, dass Rassismus und Diskriminierung in der gesundheitlichen Versorgung insgesamt und damit auch in der ambulanten Versorgung, für die wir Verantwortung tragen, keinen Platz haben. Diese Haltung entspricht dem Grundverständnis der ärztlichen Tätigkeit, in deren Zentrum die

Gesundheit und das Wohlergehen der Patientinnen und Patienten ohne Ansehen der Person steht. Diese Grundhaltung ist auch Teil der Berufsordnung, die sich die Ärzteschaft gegeben hat und die für jede Ärztin und jeden Arzt verbindlich ist. Im Gelöbnis, das für alle Ärztinnen und Ärzte gilt, unabhängig davon, in welcher Form sie ihren Beruf ausüben, und das Teil der Berufsordnung ist, heißt es hierzu:

„Ich werde nicht zulassen, dass Erwägungen von Alter, Krankheit oder Behinderung, Glaube, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, politischer Zugehörigkeit, Rasse, sexueller Orientierung, sozialer Stellung oder jeglicher anderer Faktoren zwischen meine Pflichten und meine Patientin oder meinen Patienten treten.“ (Vgl. *Berufsordnung [Satzung] der Ärztekammer Schleswig-Holstein*)

Gern gebe ich Ihnen ergänzend zur Kenntnis, dass die Abgeordnetenversammlung der KVSH in diesen Tagen vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklung in einer Resolution alle extremistischen und menschenverachtenden politischen Bestrebungen in unserem Land klar verurteilt und sich für Toleranz, Vielfalt, Respekt und Kompromissfähigkeit ausgesprochen hat. Eine Presseinformation unseres Hauses, mit der wir den Wortlaut der Resolution veröffentlicht haben, habe ich Ihnen beigelegt. Die 40 gewählten Mitglieder der Abgeordnetenversammlung, dem Selbstverwaltungsorgan der KVSH, vertreten die 6.100 niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Schleswig-Holstein.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Monika Schliffke

Vorstandsvorsitzende der KVSH

## KVSH stellt sich gegen Extremismus

**Bad Segeberg, 01.02.2024** – Demokratiefeindliche Tendenzen in Deutschland bereiten der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) zunehmend Sorge. Auslöser sind die Pläne rechtsextremistischer Kreise, Menschen mit Migrationshintergrund massenhaft aus Deutschland zu vertreiben. Vor diesem Hintergrund hat sich die Abgeordnetenversammlung der KVSH klar gegen alle extremistischen und menschenverachtenden politischen Bestrebungen in unserem Land ausgesprochen.

### Die Positionierung im Wortlaut:

„Als demokratisch gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Abgeordnetenversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein engagieren wir uns für unsere freiheitliche Demokratie im Geiste von Toleranz, Vielfalt, Respekt und Kompromissfähigkeit. In diesem Sinne verurteilen wir als Ärztinnen, Ärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten alle extremistischen und menschenverachtenden politischen Bestrebungen in unserem Land.“

Die Abgeordnetenversammlung ist das Parlament der rund 6.100 niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Schleswig-Holstein. In ihren Praxen versorgen sie mit ihren Teams der Medizinischen Fachangestellten täglich Tausende von Menschen, unabhängig von ethnischen oder sonstigen Zugehörigkeiten.